

koaliert. Je weiter diese Einheit dringt, je größer also die Organisationen werden, um so mehr werden die Unternehmer unter den Arbeitern bedrängt. Aber diese gehen ihre Interessen nicht widerstandslos auf, sie suchen nach Mitteln zu erfolgreicher Gegenwehr und benütigen sich ebenfalls der Koalition. Sie versuchen, die Macht der Arbeiter durch Veranziehung von Streikbrechern, durch Forderung der Streikenden, durch Verhängung der Materialsperrre und andere ähnliche Mittel zu brechen; aber wenn ihnen dabei auch in einzelnen Fällen Erfolge beschieden sind, auf die Dauer und im allgemeinen Verlaufe des Kampfes können sie das Vordringen der Arbeiterschaft nicht aufhalten. Sobald sich die Unternehmer stark genug fühlen, greifen sie zur Ausperrung. Der Kampf wird größer als die Arbeiter wollten. Er erfordert größere Aufwendungen als man voraussetzte. Die Arbeiter werden besiegt. Aber sie lernen aus der Niederlage. Sie rüsten sich besser, suchen sich eine bessere Zeit zum Kampfe aus und gehen erneut vor. Wieder folgt die Ausperrung. Sie scheitert, die Arbeiter erreichen nach langem Kampfe ihr Ziel. Nun sehen die Unternehmer ein, daß die Gegenwehr zu schwach war. Jetzt rüsten sie, um beim nächsten Kampfe besser zu bestehen. Aber wie können sie es erreichen? Der Kampf muß größer werden, die Ausperrung muß sich auf weitere Kreise erstrecken; denn je größer die Zahl der ausgesperrten Arbeiter, um so größer die Kosten des Kampfes für die Gewerkschaften. Hatte man im ersten Falle die Ausperrung nur auf den ganzen Produktionszweig des Hüpfungsortes ausgedehnt, so trachtet man jetzt danach, die benachbarten Kreise, wenn möglich den ganzen Wirtschaftsbereich oder die ganze Provinz, in die Ausperrung einzubeziehen.

So wächst der Kampf von Stufe zu Stufe, und die Tarifverträge wachsen mit. Wo man früher Verträge für den einzelnen Ort und die einzelne Berufsgruppe hatte, da entstehen unter dem Einflusse der Ausdehnung wachsende kämpfliche Tarifverträge von einheitlichem Charakter für ganze Wirtschaftsgebiete, ganze Provinzen und für den ganzen Produktionszweig. Es bedarf nun nur noch der Zusammenfassung dieser einzelnen großen Tarifgebiete zu einem Ganzen, das heißt der gleichzeitigen Ausperrung in allen Tarifgebieten, und wir haben das ganze Reich als ein einheitliches Kampf- und zugleich einheitliches Tarifgebiet. Man mag diese Entwicklung unangenehm empfinden, denn sie stellt hohe Anforderungen an die Stumpfheit der Organisationen, aber wer sie nicht will, muß den Kampf überhaupt aufgeben: sie ist die Konsequenz des Kampfes.

**Arbeiterschutz und Arbeiter-
versicherung.**

II.

Auch im Handel und Verkehr und in der Industrie sehen wir eine erhebliche Zunahme der weiblichen Arbeitskraft, wenn auch nicht so gewaltig wie in der Landwirtschaft. Während die Zunahme der Arbeitskräfte in der Industrie überhaupt 24 Proz. beträgt, beträgt die der weiblichen 39 Proz. Im Handel und Verkehr ist die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte wieder sehr erheblich, um 70 Proz. ist hier die Zahl der weiblichen Beschäftigten gestiegen, die der männlichen nur um 45 Proz. Die Arbeiterin wird also herausgerissen aus dem Familienleben, aus dem Hause, Kinder und Frauen werden in den Dienst der Arbeit gestellt. Auch auf dem Gebiet des Handels und Verkehrs haben wir schwächere Arbeiterorganisationen zu verzeichnen, so daß nicht der notwendige Widerstand geleistet werden kann.

Dieser wirtschaftlichen Entwicklung stehen die Arbeiter als Konsument und als Produzent gegenüber. Als Produzent gibt ihm die Gewerkschaft seine Stellung und stärkt seine Kraft zum Widerstand. Dem Konsumenten stellen sich die großen Organisationen des Kapitals mit ihrem gewaltigen Einflusse auf wirtschaftlichem Gebiet gegenüber. Ich brauche ja nur die Organisationen der Kartelle anzudeuten und die Zentralisierung der Finanzmacht. Wo die Industrie kartellisiert ist, gebietet sie auch über die Preisbildung, da errichtet nicht mehr der alte mancherliche Standpunkt von Angebot und Nachfrage; hier gebietet das Kapital und schreift geradezu die Konsumenten, und es hat sich herausgestellt, daß man die Inlandspreise hochstellt, um nach dem Ausland Produkte und Fabrikate billig herauszubringen. Dabei handelt es sich in den kartellierten Industrien nicht um notwendige Preis-erhöhungen. Wir dürfen nicht vergessen, nicht nur die Landwirtschaft hat uns als Konsumenten ausgeplündert, die Industrie hat es auch in reichem Maße getan. In der Kohlenindustrie, in der schweren Eisenindustrie ist in Holz- und Zettelfabrikaten eine Erhöhung der Preise und ein immer größeres Eindringen eines unproduktiven Kapitals zu verzeichnen. Marx verhandelt unter konstantem Kapital Hypotheken und Werkzeuge und Maschinen. Beson-

ders das letztere ist notwendiges verbendes Kapital. In dem Augenblick aber, wo dieser Teil des Kapitals sich zu rein spekulativen Zwecken vernechtet, wo die großen Aktiengesellschaften nicht mehr das Rohmaterial, Maschinen, Grundbesitz und Gebäude im Wert der Aktien haben, sondern neue kapitalistische durch Veräußerung des Aktienkapitals hinsichtlich, nimmt es spekulativen Charakter an und das verachtet die Preissteigerung; nicht der Arbeitslohn ist der preissteigernde Faktor, nicht durch den Lohn werden die Preise in die Höhe getrieben, sondern durch die Spekulation an der Börse, durch das spekulative Kapital. Was müssen die Arbeiter nicht an Verzinsung des Kapitals leisten, z. B. im Bergbau. Jetzt schon werden Bergwerke gekauft, die erst in 10 oder 15 Jahren erschlossen werden, und dann soll die Arbeit noch eine gute Verzinsung für die Unternehmer bringen, und sie wird sie auch bringen. Ganz ungeheuer sind die Gewinne der großen Gesellschaften. So hat die Internationale Kohlegeellschaft über 500 Proz. Dividende verteilt. So wird mit diesen Schätzen, mit Kohle und Erz, Bucher getrieben. Und es ist interessant zu sehen, wie die kartellierte Industrie bei der Produktion den Rohstoff abgibt hat. Die Zedden, die zwar noch gewinnbringend sind, aber nicht mehr diese hohen Gewinne bringen, werden stillgelegt, um erst die besseren zur Ausbeute zu bringen. Sie sagen: Nach uns die Sintflut!

Achtung in die Entwicklung in der Landwirtschaft. Mit den fortgesetzt erhöhten Preisen wächst nur der Wert des Viehes und damit das Hypothekenskonto. Auch da drängt sich ein nicht produktives Zinskapital hinein, das nur an dem Gewinn aus der Landwirtschaft teilnimmt. In 20 Jahren — davon bin ich überzeugt — haben wir sicher wieder eine Not der Landwirtschaft; da wird es wieder heißen, sie kann mit den Preisen nicht auskommen, sie kann die Hypothekenschulden nicht bezahlen; denn bei jeder Veräußerung, bei jeder Vererbung kommt ja der erhöhte Preis in Anspruch; das drängt zur Zunahme der Hypothekenslast, und diese drängt wieder dazu, die Preise zu erhöhen, um alle Kostgänger der Landwirtschaft, vor allem die Hypothekensgläubiger, zu befriedigen.

Wie kann diese Tendenz der allgemeinen Entwicklung vom Standpunkte des Sozialpolitikers abgemildert werden, denn bedingt werden kann sie innerhalb des kapitalistischen Betriebes nicht. Aber wir haben allen Anlaß, diese Tendenz der Entwicklung zu bekämpfen. Beispielsweise ging die Tendenz in der Warenproduktion früher dahin, billige Waren auf den Markt zu werfen, um auch den Konsum dadurch anzuregen; diese Tendenz ist heute nur noch bei einigen Industriezweigen vorhanden. Jede Vermehrung eines technischen Fortschrittes heißt ja nur eine Vermehrung des Unternehmergewinnes. Diese Entwicklung aufzuhalten liegt auch im Interesse des Konsumenten. Diese Entwertung des Geldes ist eine ungeheure; die erhöhten Löhne decken nur zu einem Teil — darin haben unsere Kritiker in den eigenen Reihen recht —, was wir in den erhöhten Preisen zahlen müssen. Die Gewerkschaften können sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß sie bei dieser wirtschaftlichen Entwicklung einer neuen großen Wachtentfaltung der Unternehmer gegenübersehen. Wir haben gar keinen Anlaß, zu geringfügig über eine Neuerung des Vertreters des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Herrn Buch, zu sprechen, der in einer seiner Zeitreden gesagt hat: Die Aufgabe des Zentralverbandes deutscher Industrieller muß sein, die Gewerkschaften zu vernichten. Das ist der extreme Standpunkt des Unternehmers, der offen die eigentliche Aufgabe des Zentralverbandes ausdrückt. Wer wollte bezweifeln, daß der Zentralverband deutscher Industrieller wirtschaftlich und politisch eine ganz bedeutungsvolle Organisation ist, daß eine Macht darin konzentriert ist, mit der wir zu rechnen haben. Ist das aber für uns ein Grund, nun zaghaft beiseite zu stehen und vor dieser Macht in die Knie zu sinken und zu sagen: wir vermögen nichts dagegen? Ist es so, wie unser Kritiker gesagt hat, daß wir die letzte Periode des gewerkschaftlichen Aufschwunges erlebt haben, daß in der Zukunft die Kartelle und die Unternehmerorganisationen regieren werden? Ich meine das nicht; auch unsere Kräfte werden wachsen, und die wirtschaftlichen Kämpfe werden größer, und jeder Streit schlägt tiefere Wunden nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Unternehmungen bei ihrem komplizierten Zueinanderarbeiten. So gewaltig unsere Eisenindustrie daheim mit ihrer Organisation der Pensionisten, die die Arbeiter genügend erhalten sollen, mit ihren gelben Organisationen, deren Hauptaufgabe der Vertritt der Arbeiter ist, auch ihre Macht ist keine unerschütterliche, auch die Kraft der Unternehmer im Grubenkapital ist im Kampf mit der Arbeiterbewegung nicht unerschütterlich. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Zeit nicht fern ist, wo auch der Zentralverband deutscher Industrieller sagen muß, wir erkennen Tarifverträge an, weil es anders nicht mehr geht,

wir müssen nachgeben. Es wäre traurig für unsere Arbeiterbewegung, wenn wir diese Perspektive nicht hätten, denn wir in Chinnach daständen und glaubten, daß die wirtschaftliche Macht des Unternehmers überlegend ist. Ich unterschätze die Kraft des Unternehmertums nicht. Die Unternehmer haben alle Vorteile des politischen Einflusses und eine große Stütze in der wirtschaftlichen Entwicklung; aber ich vertraue bei dieser Entwicklung auch auf den Aufstieg der Arbeiterschaft, die auch heute schon die Kräfte entwickelt, um uns getreut in die Zukunft sehen zu lassen. Deshalb nur kein Verzagen, wir haben nicht nur darzulegen, daß wir von Not und Elend gemindert sind, sondern auch, was wir an Vorteilen zu verzeichnen haben, was die Organisation geleistet hat. Dem, der noch auf tiefer Stufe steht, sollen wir sagen: Seht, was die erreicht haben, die sich die sozialen Aufgaben der Gewerkschaft zu Nutze gemacht haben! Unzweifelhaft hat die Gewerkschaftsbewegung — von der Erörterung der Lohnfrage sehe ich ab — in der Frage der Arbeitszeitverkürzung eine Aufgabe erfüllt, die eigentlich Aufgabe der Gesetzgebung ist. Was für unenbliche Mühe hat es gekostet, den Achtstundentag für die Frauen durchzuführen! Als wir ihn auch allgemein für die Männer forderten, sagte der damalige Staatssekretär des Innern v. Bethmann Hollweg: Wir müssen warten, bis die Gewerkschaften ihn erreicht haben, dann soll die Gesetzgebung nachkommen. Das beweist doch, daß wir eine berechtigte Aufgabe verfolgen, es ist ein Anerkenntnis, das die Regierung in schwacher Stunde gegeben hat, um einen unangenehmen Rohner loszuwerden. Wir allerdings sagen, die Regierung hat die Aufgabe, die wirtschaftlich Schwachen zu stützen und ihnen zu helfen.

Mit der Entwertung des Geldes und der Höhe des Lohnes wächst auch die Not des Arbeiters in der Zeit der Arbeitslosigkeit. Deswegen fordern wir ein weiteres Ausgehen der Arbeitslosenversicherung. Wir verlangen, daß nicht die ganze Last auf die Arbeiter abgewälzt wird, sondern die Gesamtheit der Steuerzahler muß hierfür herangezogen werden. Die Aufgabe des Konsumenten aber bleibt auf die Aufgabe gerichtet, sich der heutigen Preissteigerung zu entziehen durch die Organisation der Konsumgenossenschaft. Auch hier haben wir bereits den Widerspruch der Unternehmer entzweit. In der Verteuerung der Konsumvereine wird immer mehr Propaganda gemacht, um diese Organisationen zu schwächen, ihre Konkurrenzfähigkeit herabzudrücken. Wir wissen, wie in Gemeinden und im Staat darauf hingearbeitet wird, daß nicht einmal die Frauen der Beamten Mitglieder werden. Es ist geradezu, als ob als Grundhohn aufgestellt wird, die Arbeiter hätten kein Recht, eine Gelegenheit zum billigeren Einkauf zu benutzen. Jetzt verlangt man sogar, daß den Beamten überhaupt verboten wird, irgendeinen Konsumverein zu gründen. Das ist um so weniger berechtigt, als die Angehörigen der letzten Gehaltsregulierung ganz schlecht gefahren sind, so gar nicht das bekommen haben, was der Steigerung der Lebensmittelpreise entsprach. Lassen Sie mich einige Zahlen anführen. Vor 25 Jahren kostete der Roggen in Berlin pro Tonne 140,6 Mk. jetzt 191,0 Mk., wir haben also eine Steigerung von 25 Proz. Der Weizenpreis ist von 160,9 Mk. auf 233,90 Mk. gestiegen, also um 45 Proz. Bei den Kartoffeln ist der Preis von 32,2 auf 59,9 Mk. gestiegen, also um 55 Proz., in den verschiedenen Fleischarten haben wir eine durchschnittliche Preissteigerung von 25 Proz. zu verzeichnen. Nur beim Zucker ist der Preis um 24 Proz. herabgegangen, und zwar weil hier die Wirtschaft durch die Gesetzgebung unhaltbar war, den Zucker nach dem Auslande billiger zu liefern, und diese Wirtschaft nun endlich beizugehen mußte, weil die anderen Staaten sich diese unangenehme Konkurrenz nicht mehr gefallen ließen. Gerade da hat sich bestätigt, daß wir recht hatten mit der Behauptung, daß die billigen Preise für ein Produkt den Absatzmarkt mit einem Schläge erweitern. Die Zuckerindustrie hat ihren Markt wiedergewonnen durch vermehrten Absatz im Inland. Bei allen anderen Industrien würde sich dasselbe zeigen. Auch bei den Industrieerzeugnissen haben wir gewaltige Preissteigerungen zu verzeichnen. Wenn bei Eisen die Preise ziemlich gleich geblieben sind, so muß doch die gewaltige technische Entwicklung in Betracht gezogen werden, durch welche die Produktion billiger wird. Bei Blei ist der Preis um 15 Proz. gestiegen, bei Kupfer um 28 Proz., bei Zink um 73 Proz., bei Zinn um 54 Proz., bei Kohle — ich nehme Dortmund Kohle, um eine bestimmte anzuführen — um 107 Proz. Gerade da sehen wir den Einfluß des Kartells. Und nun die Stellung des Arbeiters in den Betrieben als Produzent. Immer mehr zeigt sich die Unsicherheit in der Stellung für den Arbeiter, das Saisongewerbe nimmt heute Hunderttausende in Anspruch und wirft sie wieder aus der Arbeit, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Wir haben heute in Deutschland eine Binnenwanderung, eine Wanderung von einer In-

duftre in die andere. Sundertausende werden heute auf den Eisenbahnen verbracht, sie werden wie Vieh berückelt und verhandelt mit ihrer Arbeitskraft. Man muß diese Züge mit Menschen gesehen haben, die aus dem Eien kommen. Der Mann wird von Frau und Kindern getrennt oder auch die ganze Familie kommt mit ihren geringen Habseligkeiten an, um ein nur ein wenig besseres Lohngebiet aufzusuchen. Und da sprechen die Gegner von der Heiligkeit der Ehe, die wir zerschören wollen. Wird nicht gerade hier so roh in das Familienleben eingegriffen, wie man es sich nur denken kann? Der Mann muß fort von der Scholle, die ihn nicht ernährt und nicht ernähren soll, damit er gezwungen ist, seine Arbeitskraft dem Gutsbesitzer zu verkaufen. Und wenn er das nicht tut und fortzieht, muß die Frau für den Rest der Fronen. So wird der Zusammenhalt der Familie gerissen durch die wirtschaftliche Entwicklung und weil in der Landwirtschaft ein starker Mangel an sozialem Empfinden vorhanden ist, werden diese Zustände fortgesetzt gesteigert. Wir haben nicht nur die Binnenwanderung, eine halbe Million von Arbeitern kommt Jahr für Jahr zu uns herein, um die Plätze zu füllen, die der bedürftigste Landarbeiter verlassen hat, weil die ausländischen Arbeiter noch bedürftiger sind. Ist das etwa eine nationale Aufgabe, daß hier durch die niedrige Entlohnung ausländischer Arbeiter die einheimischen von der Scholle getrieben werden? Wo bleibt die soziale Fürsorge, wenn der Erwerb gestiftet wird auf gewissenlose Ausbeutung der Arbeitskräfte? Und diese Gesellschaft hat sich ihren Säckel auf Kosten der Gesundheit gefüllt, sie hat sich durch die Festschreibung die Mittel verschafft, die es ermöglichen würden, die Arbeiterverhältnisse auf dem Lande erträglich zu gestalten. Aber es geschieht nicht. All das beweist, wie notwendig die Organisation der Arbeiter ist. Freiwillig wird uns nichts gegeben, ertragen und erdulden müssen wir alles, es gibt keinen anderen Weg! Wenn also die soziale Gesetzgebung ausscheidet, so bleibt es den Gewerkschaften vorbehalten, die Aufgaben zu erfüllen, höhere Löhne zu erringen, eine Verkürzung der Arbeitszeit, Schutz den Frauen und Kindern zu bieten und für Unterweisung bei Arbeitslosigkeit zu sorgen. Das sind die großen Aufgaben, die mangels der Gesetzgebung den Gewerkschaften zugewiesen sind. Aber wir verzichten keineswegs darauf, auch die Gesetzgebung anzurufen. Sie soll den Schutz von Frau und Kind gegen die meisten Ausdehnungen des modernen Industrialismus herbeiführen. Hier hat die Gesetzgebung bisher versagt. Immer aufs neue müssen wir daher das Gewissen derjenigen schärfen, die da glauben, ihre Aufgabe erfüllt zu haben. So sehr es uns unbedeutend gelassen hat, daß wir von der Hygieneausstellung zurückgewiesen wurden, so darf ich doch sagen: wer einen Blick in diese Ausstellung geworfen hat, der muß zugeben, es ist ein gutes Stück Anichauungsunterricht über die Ausbeutung von Arbeitskraft, die die moderne Industrie hervorruft und dort zur Schau gestellt hat. Und ich bedauere in hohem Maße, daß es uns nicht möglich war, dieses Material hundertfach zu ergänzen und zu vervollständigen. Ich sehe die Aufgabe einer Hygieneausstellung nicht allein darin, vorzuführen, was die Technik an Möglichkeiten von Schutz für Gesundheit und Leben des Arbeiters geschaffen hat, sondern sie soll auch zeigen, was an Verderb und Verwüstung des nationalen Reichtums, was an Vergeudung der Arbeitskraft geschieht, was für nationale Werte vernichtet werden!

Die Arbeiterversicherung soll die Wunden, die die Industrie durch die Art ihrer Betriebsweise schlägt, heilen oder wenigstens mildern. Man behauptet nun, die Unternehmer könnten die Kosten der sozialen Versicherung nicht tragen. Das bestreite ich. Die Unternehmer können sogar noch viel mehr leisten als heute. Ich betone übrigens, daß die Arbeiter sich noch nie geweigert haben, die Lasten, die auf ihr Teil fallen, zu tragen, wenn dadurch wirkliche Mehrleistungen erreicht wurden. Dr. Ernst Cohn hat vor einiger Zeit in der „Frankfurter Zeitung“ festgestellt, daß die Krankenversicherung der Industrie mit 3-3½ Proz. des Lohnes belastet, die Unfallversicherung mit 1,7 Proz., die Invalidenversicherung mit 1,8 Proz., so daß die durchschnittliche Belastung etwa 6,75 Proz. der Löhne beträgt. Die Schätzung ist aber reichlich hoch gegriffen, da sie die Arbeiter außer acht läßt, die von der Versicherung noch nicht erfasst sind. Ebenfalls ist richtig, daß die Konkurrenz der Industrie mit dem Ausland durch die soziale Gesetzgebung unterbunden wird. In vielen Dingen hinkt heute schon die deutsche Sozialpolitik hinter der des Auslandes nach, und es wird nicht lange dauern, so wird uns das Ausland, wie auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes auch auf dem der Arbeiterversicherung überflügelt haben. Man vergißt auch dabei immer, daß im Ausland die Unternehmer durch die allgemeine Gesetzgebung sehr viel stärker zum Schadensersatz bei Unfällen herangezogen werden als bei uns in Deutschland. Ferner

muß man bedenken, daß nur ein Fünftel unserer Produktion überhaupt nach dem Ausland geht, ein Beweis, wie wenig ausschlaggebend die internationale Konkurrenz hier sein kann. Dazu kommt, daß die Löhne im Ausland zum Teil ganz erheblich höher sind als in Deutschland. Nach den Untersuchungen des Fabrikdirektors Greißl in Schwabmünchen im Jahre 1899 macht z. B. bei den Dütenwerken die Belastung durch die Arbeiterveränderung nur ½ Proz. vom Preise des Produktes aus, in der Brauindustrie z. B. 1 Proz. Eine so geringe Belastung kann doch die Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber nie und nimmer beeinträchtigen.

Die Förderung der Brancheninteressen.

In dem Artikel Nr. 32 vom 11. August in unserer Zeitung wurde erwähnt, daß Konferenzen nicht über, aber auch nicht unterschätzt werden sollten. Die Wagenbranche war dabei ebenfalls erwähnt und die Entwicklung derselben in letzter Zeit gestreift. Der Artikeldrucker berührte dabei die Notwendigkeit einer einseitigen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Als besonderes Mittel zu diesem Zwecke wurde die Schaffung oder Erweiterung einer Tarifkommission empfohlen. Nebenbei wurde auch die Frage erwohnen, ob eine Konferenz der Wagenbranche zweckmäßig sei und erwähnt, daß bereits eine Ortsverwaltung (angehender Mannheim) die Einberufung einer solchen angeregt hätte. Die Ortsverwaltung Stettin hat dieses in diesem Winter auch bereits getan und dem Hauptvorstand die Gründe dafür dargelegt. Der Vorstand antwortete, daß er die Angelegenheit für verfrüht halte, aber die Sache im Auge behalten werde. Bis jetzt ist nichts geschehen. Wir haben in dieser Beziehung unsere Meinung noch nicht geändert und möchten hiermit den Vorstand ersuchen, eine Konferenz der Wagenbranche für die Zeit der Ausstellung in Berlin eben dahin einzurufen. Es wäre noch Zeit, wenn die Kollegen allerorts hierzu Stellung nehmen würden. H. Voppan - Stettin.

Die Einführung der Gefängnisarbeit in der Treibriemenindustrie.

Es ist nicht das erste Mal, daß wir von der Organisation uns gegen die Gefängnisarbeit wenden. Im Jahre 1897 wurde auf dem Ergrühter Sattlerkongress Stellung zu der Gefängnisarbeit in unserem Beruf genommen. Die Angelegenheit ist jedoch nicht weiter verfolgt worden. Doch wäre es angebracht, zu berichten, ob Produkte unseres Berufes in Gefängnissen oder Zuchthäusern hergestellt werden. Soweit mir bekannt ist, werden in den Zuchthäusern zu Waldheim und Zwickau in Sachsen Portefeullerieswaren angefertigt. Eine Untersuchung nach dieser Seite wäre von hohem Wert und würde dem Zentralvorstand schätzbare Material in die Hand geben, eventuell dagegen einzuschreiten.

Seit Februar dieses Jahres läßt die Firma Adolf Koeber in Magdeburg-Budau einen Teil ihrer Treibriemenfabrikate in den Gefängnissen zu Magdeburg herstellen. Die Organisation hat sofort nach Bekanntwerden dieses Uebelstandes Schritte dagegen unternommen. In einem Schreiben von der Gausleitung wurde die Direktion des Gefängnisses gebeten, die Arbeit auf Treibriemen wieder aufzugeben. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich die Magdeburger Sattler in ihrem Erwerb durch die Gefängnisarbeit schwer geschädigt sehen und daß die Treibriemenarbeit eine der schlecht bezahltesten Branchen unseres Berufes sei. Durch die Herstellung der Treibriemen im Gefängnis wird der Schmutzkonkurrenz die Bahn geöffnet, was ein erhebliches Niederdrücken der Arbeiterlöhne zur Folge haben wird. Die Arbeitslosigkeit, welche jetzt in Sattler- und Tapeziererberuf stark in Erscheinung tritt, wird noch mehr an Umfang zunehmen. In einem Antwortschreiben wurde uns mitgeteilt, daß die Angelegenheit unterzucht wird und nach Abschluß derselben dem Herrn Oberstaatsanwalt in Naumburg an der Saale Bericht erstattet werden soll. Um die Wünsche der Gehilfen persönlich zu betreten, wurde der Gausleiter bei der Oberstaatsanwaltschaft vorstellig. Ihm wurde zur Antwort von einem Beamten dafelbst gegeben, daß alle Welt schreit, daß keine Gefängnisarbeit gemacht werden soll. Heute folgt jeder Gefangene dem Staate 800 Mk. jährlich. Jedemfalls sollen sie auch nicht mehr, da wendet man sich auch gegen. Auf meinen Einwand, da mögen sie in der Landwirtschaft beschäftigt werden, da dort ständig Leutenot herrscht, wurde mir zur Antwort, das sei keine Strafe für einen Gefangenen. Ich wurde dann auf den schriftlichen Weg verwiesen, unsere Wünsche anzugeben und zu begründen.

Ein weiteres Schreiben war an den Vorsitzenden des Treibriemen-Industriellenverbandes gerichtet mit dem Ersuchen, auf die Firma Koeber einzuwirken, daß dieser Uebelstand wieder beseitigt wird.

Nicht nur die Gehilfen leben sich in ihrer Ernennung bedroht, auch die Fabrikanten fühlen, daß durch eine Schmutzkonkurrenz, wie sie ihnen hier entgegentritt, die Mundstich entzogen wird. Ein erhebliches Niederdrücken der Preise wird die Folge der Gefängnisarbeit sein. Davon zeugt der Artikel, welcher in letzter Nummer unserer Zeitung veröffentlicht war. Aus den Zeilen dieses Artikels ist aber auch herauszulesen, daß man für sich daselbst Recht in Anspruch nehmen will wie die Firma Koeber. Denn die zweite Frage lautet: Ob die Gefängnisverwaltung berechtigt ist, einer einzelnen Nierenfabrik diese Vorteile ohne Ausschreibung zu gewähren, da noch mehrere Nierenfabriken am Platze sind, oder ob die anderen Nierenfabriken am Platze daselbst Verlangen an die Gefängnisverwaltung stellen können? Also wenn die anderen Fabriken die Berechtigung bekommen, ihre Arbeiten im Gefängnis herstellen zu lassen, dann will man sich damit abfinden. Die Sattlergehilfen geben sich aber damit nicht zufrieden. Die Magdeburger Treibriemenarbeiter haben alle Ursache, sich entschieden gegen ein weiteres Zulassen der Gefängnisarbeit zu wenden und die Aufhebung dieses Zustandes bei der Firma Koeber herbeizuführen. Durch eine weitere Ausdehnung würden noch mehr Kollegen ihrer Stellung verlustig gehen.

Diese Frage der Gefängnisarbeit ist für die gesamten Treibriemenarbeiter Deutschlands von Wichtigkeit. Was jetzt in Magdeburg vorgeht, kann in den nächsten Monaten in Berlin, Dresden, Hannover und anderen Städten auch eingeführt werden. Die Treibriemenarbeiter haben ein lebhaftes Interesse daran, daß dieser Zustand nicht weiter dauert. Dem Zentralvorstand ist auf jeden Fall sofort Mitteilung zu machen, sollte an anderen Orten die Gefängnisarbeit eingeführt werden. Nicht nur, daß unseren Kollegen die Erziehung genommen wird, werden auch Arbeitskräfte im Gefängnis für die Treibriemenindustrie herangebildet, die sich nach ihrer Entlassung zu jedem Lohn in der Treibriemenbranche anbieten und dadurch ein erhebliches Sinken der Löhne in der Treibriemenbranche herbeiführen. Die Lage der Treibriemenarbeiter in heute noch nicht vom besten. Daran sind aber ein Teil der Kollegen selber schuld. Statt sich dem Verband der Sattler und Portefeuller anzuschließen, sind sie indifferent oder gehören gelben Organisationen an. Sie mögen sich mal umsehen, ob die gelben Vereine gegen die Gefängnisarbeit vorgehen und so die wirtschaftlichen Interessen der Treibriemenarbeiter wahrnehmen. Rächt ihnen gar nicht ein. Die Kammern sich wenig darum, wenn die Arbeiter ihre Existenz einbüßen. Es ist die Ehrenpflicht jedes Arbeiters, der Organisation beizutreten, welche seine Interessen vertritt. In dieser Beziehung kommt nur der Verband der Sattler und Portefeuller in Betracht.

Den Kampf gegen die Gefängnisarbeit werden wir aufnehmen. Es gibt andere Arbeiten für die Gefangenen. Sie mögen Ceblaud kultivieren oder Staatsarbeiten verrichten wie Kanal- oder Kanalarbeiten, aber nicht dem freien Arbeiter das Brot vom Munde nehmen. Einmal schädigen sie durch ihre Verbrechen und ferner nehmen sie dem Arbeiter die Existenz, ruinieren die Geschäftslente durch die aufkommende Schmutzkonkurrenz und werden daher zur doppelten Plage des Landes. Eine wohlwollende Regierung dürfte auf keinen Fall einen solchen Zustand aufkommen lassen, der bürgerliche wie proletarische Existenzen vernichtet. Wir werden sehen, welchen Erfolg unser Vorgehen haben wird.

S. Lusch.

Miasmen aus dem Sumpfe der Heimarbeit.

In einer großen Stadt Deutschlands, in welcher Handel und Industrie in erfreulicher Blüte steht, deren Bevölkerung durch besondere „seitsige Intelligenz“ alle anderen Europäer übertrifft, werden auch Lederwaren fabriziert, die mit den Fadausbrüden „Rotten“, „Affen“ bezeichnet werden. Es sind dies Treffors „aus einem Stief“, die vollständig aus Papier, einer Art Gummistoff, oder aus Naturleder mit gefährlicher Rückseite, hergestellt werden. Der Verkaufspreis schwankt zwischen 25,50 Mk. und 66 Mk. per Gros, wofür ein Lohn von 8,40 bis 12,50 Mk. gezahlt wird. Würde ein flotter Arbeiter ohne Hilfskraft wöchentlich 96 Stunden arbeiten, so könnte er einen Verdienst von 18 Mk. die Woche oder 18 Pf. die Stunde erzielen. Da aber in keinem Fabrikbetriebe mehr als 53 Stunden gearbeitet werden darf, der Verdienst sich demgemäß bis auf 12 Mk. und weniger reduzieren würde, werden diese Artikel außerhalb der Fabrik von circa 250 Heimarbeitern und Zwischenhändlern, von denen eine Anzahl neben ihren Ehefrauen, „Bräutens“, Vater, Mütter, Schwestern, Brüder, eigene und fremde Kinder, billige und willige „Gesellen“, Arbeitsburschen und

im dritten Jahr nach der Lehre pro Stunde 41 Pf. oder pro Woche 22,96 Mk.; für alle länger Beschäftigten pro Stunde 43 Pf. oder pro Woche 24,08 Mk. Mindestlohn.

Dieser Mindestlohn ist den Affordarbeitern garantiert und erhöht sich am 1. Juli 1914 auf 44 Pf. pro Stunde. Für alle Arbeiter, welche bereits mehr verdienen und seit 1. Dezember 1910 keine Zulage erhielten, gelten die 3 Proz. Zulage ab 1. Juli 1911.

Arbeiterinnen erhalten:
 Im ersten Halbjahr ihrer Berufstätigkeit 12 Pf. pro Stunde oder pro Woche 6,48 Mk.;
 im zweiten Halbjahr ihrer Berufstätigkeit 14 Pf. pro Stunde oder pro Woche 7,56 Mk.;
 im dritten Halbjahr ihrer Berufstätigkeit 17 Pf. pro Stunde oder pro Woche 9,52 Mk.;
 im vierten Halbjahr ihrer Berufstätigkeit 19 Pf. pro Stunde oder pro Woche 10,64 Mk.;
 im fünften Halbjahr ihrer Berufstätigkeit 22 Pf. pro Stunde oder pro Woche 12,32 Mk.;
 im sechsten Halbjahr ihrer Berufstätigkeit 24 Pf. pro Stunde oder pro Woche 13,44 Mk.

Arbeiterinnen, die bereits mehr verdienen und seit 1. Dezember 1910 keine Lohnerhöhung erhielten, mußten ab 1. Juli 1911 5 Proz. Zulage erhalten.

Affordarbeiter und -arbeiterinnen machen wir auch an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß in jeder Werkstatt ein Lohnzettel vorhanden sein muß. Dieser wird durch Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiterinnen aufgestellt, und dürfen keine anderen Löhne, als die in dem Lohnzettel stehen, zur Auszahlung kommen. Bis zum 1. Oktober muß der Lohnzettel überall vorhanden sein.

Also hier ist unser Gebot, und jeder einzelne muß den Mut haben, sein Recht zu verlangen. Weigert sich der Arbeitgeber, dann gilt, es muß sofort Meldung an unsere Organisationsleitung gemacht werden und tritt diese dann an Stelle der Arbeiter in Funktion; anders geht es nun einmal nicht.

Wie stellen sich nun die Herren Zwischenmeister? Nun wie seit jeher, nicht warm und nicht kalt. Sie sagen nicht ja und nicht nein. Es ist ihnen alles recht, sie wollen alles bewilligen, wenn — ja wenn auch sie vom Herrn Fabrikanten mehr Lohn erhalten! Schön, wenn die Leute den durch gegenseitige Unterbietung sich im Laufe der Zeit so herabgemindert haben, daß sie diese gewiß nicht übertriebenen Löhne nicht zahlen können, dann mögen sie zu ihren Fabrikanten gehen und ihre Forderungen gemeinsam durchbringen, gerade wie wir auch. Aber für unsere Kollegen und Kolleginnen ist das durchaus kein Grund, auf ihre tariflich festgelegten Lohnsätze zu verzichten, oder gar zu warten, bis eines Tages der Herr Zwischenmeister kommt und sagt: So, nun kann ich euch etwas aufbessern, ich habe auch etwas bekommen! Wir fürchten, bis das eintritt, haben unsere Kollegen eine Aufbesserung nicht mehr notwendig. Das ist wieder einmal so ein Schachzug der Herren, mit dem sie ihre Hilfskräfte dipieren wollen. Sie spekulieren hierbei auf die geradezu märchenhafte Gutmitteiligkeit derjenigen, die sie schon so oft genasführt haben. Nicht oft und nicht deutlich genug kann deshalb den Kollegen gesagt werden, daß ihre Gutmitteiligkeit hier durchaus nicht am Platze, im Gegenteil eine kapitalistische Dummheit ist, die sie noch außerdem teuer werden bezahlen müssen. Wir wissen, es gibt Zwischenmeister, die nicht mehr zahlen können, weil sie immer wieder in den Fabriken sich billiger anbieten und sich auf Kosten ihrer Hilfskräfte bei dem Fabrikanten lieb Kind machen. Nun gut, können diese Leute das nicht lassen, so mögen sie eben die Arbeit allein machen, aber nicht die Hilfskräfte ausbeuten. Hierzu kommt noch, daß diese Hilfskräfte, wenn sie nicht ihren Tariflohn verlangen, ohne weiteres als vertragsbrüchig betrachtet werden müssen.

Wie oft schon wurde in den letzten Jahren über die Herabdrückung der Affordpreise gesagt, die hauptsächlich bei den geringen Massenartikeln (Kleinfaschen) ganz enorm ist. Gegenüber dieser Reduzierung ist die 5prozentige Aufbesserung, die uns jetzt bewilligt ist, geradezu unscheinbar. Und doch will man dies nicht zahlen können.

Durchschnittlich erzieht diese 5 Proz. etwa 30 Pf. pro Gros, also 2 1/2 Pf. pro Duzend. Und diese minimale Erhöhung von noch nicht 1/4 Pf. pro Tafel soll die Konkurrenzfähigkeit erschweren? Im Ernst wird das doch niemand behaupten können. Bei Abzügen sowie auch bei steuerlicher Belastung geht man mit der Arbeiterkraft nicht so zimperlich um. Ein Grund mehr für unsere Mitglieder, mit aller Energie auf ihrem Recht zu bestehen. Dann aber ist es auch eine große Unwahrheit, wenn von den Zwischenmeistern im allgemeinen solche Behauptungen aufgestellt werden, denn in einer großen Zahl von Betrieben sind die Löhne schon lange geregelt worden, zum Teil unter Beteiligung des Organisationsvertreter. In einem Betrieb wird schon seit 1. Juli an Sonnabenden nur bis 4 Uhr gearbeitet, auch die anderen Bestimmungen ziemlich genau beachtet. Alle Achtung vor solchen Betrieben. Wächten

doch endlich unsere Kollegen dafür sorgen, daß man das von allen Betrieben sagen kann.

Aber auch von den Fabrikanten können wir laut Tarifvertrag verlangen, daß sie ihre Zwischeneinsteiger dazu anhalten, den Vertrag einzuhalten, wenn nicht anderenfalls nach dem 1. Oktober die Schlichtungskommission in Permanenz liegen soll. Wie steht es nun damit. Nach Erkundigungen, die wir eingezogen und an deren Richtigkeit zu zweifeln wir keine Ursache haben, war es bis jetzt nur eine Firma, nämlich M. A. B. A. H. N., welche bei Regelung der Affordlöhne auch Zwischeneinsteiger und Seminarbeiter fragte; während andere, wie Rieth u. Kopp, Kary usw., nach wie vor die Preise einfach diktierten. Können Sie es nicht machen, dann gut, wir bekommen es doch gemacht, soll die ständige Mediensort sein. Wie steht es denn da mit dem vorgeschriebenen Lohnzettel aus? Das ist doch Preisdrückerei, wie sie eskalant nicht sein kann, und eine Schädigung der Arbeiter, wenn mit der Regelung erst nach dem 1. Oktober begonnen wird. So war das gewiß nicht im Vertrag gemeint. Also auch für die Fabrikanteneinigung ist es Zeit, hohe Zeit, nach dem Recht zu sehen!

Für unsere Kollegen und Kolleginnen aber ergibt sich aus dem Gesagten, daß es mehr wie je nötig ist, einig zu sein. Nur durch diese Einigkeit, durch engen Anschluß an die Organisation, durch Zusammenschluß und Zusammenarbeiten aller Kräfte wird es möglich sein, die fünf Tarifjahre zum Besten der gesamten Kollegenschaft auszunutzen! Schtz.

Aus Industrie und Handel.

Beauftragte Zollermäßigung auf Fahrradattelle. Die Fahrradattellefabrikanten Deutschlands haben die Reichsregierung ersucht, den Zollsatz für vom Ausland — England — eingeführtes Leder für Fahrradattellebenden von 33 auf 22 Mk. pro 100 Kilo zu ermäßigen, um die englische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Der Zentralverein der deutschen Lederindustrie hat in seiner qualitativen Beurteilung den Antrag unterstützt und dazu folgende Ausflärung gegeben:

Der Sitz der ältesten Fahrradattellefabrikation ist England, und seit Jahren haben die deutschen Fahrradattellefabrikanten mit dieser Konkurrenz zu kämpfen. Hunderttausende von Fahrradattellen, mit englischem Leder montiert, werden von England nach Deutschland und dem Absatzgebiet deutscher Fahrradattellefabrikanten versandt. Die Tatsache ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß besonders eine englische Firma bis jetzt ein Ledermaterial verarbeitet, wie es die Kundenschaft verlangt und wie es ihr zusagt. Lediglich deshalb, um den Fahrradattellebendern in ihrem Geschmacksinn gerecht zu werden, dabei die englischen Firmen zu bekämpfen und den Artikel der deutschen Fabrikation zuzuführen, ist es erforderlich, englisches Ledermaterial vorübergehend für einige in Frage kommende Sattelmodelle zu beziehen und zu verarbeiten. Da nun der Einfuhrzoll auf dieses Leder 33 Mk. pro 100 Kilo beträgt, also unerschwinglich hoch ist, kann der deutsche Fabrikant an eine Herstellung aus diesem Material nicht denken und mit der englischen Konkurrenz nicht in die Schranken treten; es sei denn, daß der Zollsatz auf 22 Mk. pro 100 Kilo ermäßigt würde, wie es auch durch den Antrag der deutschen Fahrradattellefabrikanten gewünscht wird. Eine gleiche Zollermäßigung findet auch schon bei der Einfuhr ausländischen Leders zur Verwendung für Treibriemen statt. Die deutsche Fahrradattellefabrikation läme also nach Genehmigung des Antrages in die Lage, sich dem Geschmack ihrer Abnehmer anzupassen und sich das Kundensfeld der englischen Firmen zu sichern.

Der deutschen Lederindustrie würde durch die Zollermäßigung keinerlei Schaden zugefügt werden, denn vor allen Dingen stammen die Fahrradattellebenden der englischen Firmen, die nach Deutschland und nach anderen Staaten exportiert werden und um die es sich hier handelt, doch aus englischem Ledermaterial und werden der deutschen Lederindustrie nicht entzogen, während für die Folge diese englischen Sättel in Deutschland fabriziert, aber das Deckmaterial für einige Sattelmodelle vorübergehend aus England bezogen werden soll.

Der Wert des Rohbaumaterials ist, da dafür überall Zollfreiheit herrscht, international, also auf der ganzen Welt gleichwertig. Gerblöth und Gerbmateriale kaum abweichend, folglich auch der Wert des gefertigten Leders sowohl im In- als im Auslande fast gleich. Um die Höhe des jeweiligen Zollsatzes ist also die inländische Lederindustrie stets im Vorteil. Es wird dieser also bei ihrer betannten Leistungsfähigkeit ein leichtes sein, sich sehr schnell in der Herstellung solcher Leders dem Geschmack der in Frage kommenden Sattelfabrikation anzupassen, die englischen Lederfabrikanten dadurch und auch durch den Zollvorteil auszuschalten, also ihr Absatzgebiet um dieses nicht

unerhebliche Lederquantum zu erweitern. Tah der deutschen Lederindustrie dies sehr bald gelingen wird, steht außer allem Zweifel. Es wird ihr also kein Schaden, sondern im Gegenteil nur Nutzen durch die Genehmigung des Antrages erwachsen.

Zu der badener Ledertreibriemenindustrie war, nach dem Berichte der Handelskammer, der Geschäftsgang im Jahre 1910 im großen und ganzen besser als derjenige des Jahres 1909. Es gelang den Unternehmern für ihre Waren bessere Preise zu erzielen.

Der Absatz nach dem Auslande war entschieden besser als im vorhergehenden Jahre, speziell nach den nordischen Ländern, und hierauf ist wohl hauptsächlich die günstige Verteilung des abgelaufenen Geschäftsjahres gegenüber dem Vorjahre zurückzuführen.

Die Beschäftigung in technischen Ledertartikeln, in der Hauptsache mit Nischelsofen, Klortreibriemen usw., war im ganzen unbefriedigend, weil der sture Geschäftsgang in der Tuchfabrikation bzw. Streichgarnspinnerei viel zu wünschen übrig ließ. Daß sich in solchen Zeiten die Konkurrenz des Auslandes in diesen technischen Ledertartikeln alsdann besonders bemerkbar macht, ist erklärlich, weil jene ausländischen Firmen zu einem großen Teil diese Artikel ausschließlich herstellen und von dem Gange der Textilindustrie deshalb ganz abhängig sind. Eine Gefundung des Absatzes bezüglich deutscher Erzeugnisse ist solange ausgeschlossen, bis die Eingangszölle einer Revision unterzogen werden, wozu mehr der Wert der Ware mit dem leichten Gewicht in Euflang gebracht wird. Bezüglich der Einfuhr von Riemenleder aus dem Auslande ist zu bemerken, daß nach wie vor die Nachherzollung derjenigen Leder, welche nicht zu Ledertreibriemen, sondern zu anderen technischen Ledertartikeln verarbeitet werden, also unter Kontrolle stehen, viel umständliche Arbeit und Kosten mit sich bringt.

Zu wünschen ist, daß der in Aussicht stehende neue Handelsvertrag mit Schweden keine Erhöhung des Einfuhrzollses für Ledertreibriemen und technische Ledertartikel bringt, da es schon jetzt nur mit größter Mühe möglich ist, das Geschäft mit Skandinavien aufrechtzuerhalten. In Schweden selbst existieren heute große, bedeutende Riemenfabriken, welche billig fabrizieren, so daß die Einfuhr billigerer Erzeugnisse unserer Branche überhaupt fast unmöglich gemacht ist.

Nach für Finnland sind Bestrebungen im Gange, die Zölle für Ledertreibriemen um das etwa Sechsfache zu steigern, nämlich von 14,70 Mk. auf 100 Mk. für 100 Kilogramm. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Erhöhung des Geschäft in Ledertreibriemen nach diesem Lande direkt zur Unmöglichkeit machen würde. Bei der Rigorosität, mit welcher die russischen Verwaltungsbehörden vorgehen, kann deshalb eine allerscharfste Stellungnahme gegen ein derartiges Vorgehen nur angebracht erscheinen.

Wenn der Bericht das Verhältnis der Unternehmer zu den Arbeitnehmern als ein ungetrübtes bezeichnet, so kann die im selben Satze aufgestellte Unterstellung

„wobei wiederum die Wahrnehmung gemacht werden konnte, daß die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters trotz höherer Löhne gegen früher weiter nachläßt“

unmöglich zutreffen. Ebenso nichtswürdig ist die Behauptung: „Wirklich tüchtige Arbeiter waren schwer zu haben, an minder tüchtigen Arbeitern war stets Überfluß vorhanden.“

Unsere Kollegen werden sich in der nächsten Versammlung mit den ihnen angebotenen Beschäftigungen beschäftigen und die Handelskammer veranlassen, ihre Berichte in Zukunft ohne unbedingte Angriffe auf die Arbeiterschaft zu veröffentlichen. Der beliebige Protest gegen Angriffe von dieser Seite ist die Zugehörigkeit zu unserem Verbands, was alle Kollegen beachten mögen.

Lederwaren-Export nach Beirut (Türk.). Das österr. Generalkonsulat in Beirut berichtet über das Jahr 1910: Der sehr geringe Import in Lederwaren besteht aus: Portemonnaies resp. Geldbeutel aus Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Frankreich im Werte von 50 000—60 000 Frank. Damen-Geldtaschen aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn für 10 000—15 000 Frank. Reiseartikel aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn 20 000—25 000 Frank. Gamaschen (zum Reiten) aus Bod., Ruh. und Korbleder; Lieferant ist allein England, dessen Einfuhr sich auf zirka 10 000 Frank beläuft. Sättel werden meist hier gemacht, weshalb die Einfuhr (aus England und Oesterreich-Ungarn) sehr gering ist. Abziehriemen kommen zumeist aus Oesterreich-Ungarn, wenig aus Deutschland, zirka 300—400 Duzend.

Geringere Dividenden infolge des Streits erhalten für dieses Jahr die Aktionäre der Baggonfabrik Herbrandt, A.-G., Köln a. Rh., und zwar 6 Proz., anstatt 8 Proz. wie im Vorjahr.

Aus unserem Beruf.

Ein vernünftiges Wort zur rechten Zeit äußert das Zentralblatt für Sattlerer usw. in einem Leitartikel, der sich „Des Handwerkers Post“ betitelt. In diesem Artikel heißt es u. a.:

„Die Höhe der Löhne“

und die immer anspruchsvoller werdenden Forderungen der Gesellen werden viel beklagt. Andererseits gibt der selbständige Handwerker zu, daß die Forderungen in erheblichem Maße berechtigt sind, da eben alles Lebensmittelpreis, Kleidung, Miete teurer geworden sei. Auch hat man eingesehen, daß mit einem gewaltigen Niederkommen der Löhne die besten Gesellen aus der Industrie angetrieben werden. Man möchte deshalb gern entgegenkommen, befindet sich aber leider in der Notlage, es nicht zu können.“ Der Verfasser dieser Arbeit gibt weiter den Sattlermeistern den Rat, die Art an die Wurzel des Übels zu legen, um sich mehr um die verkehrte Steuer- und Wirtschaftspolitik zu kümmern. Ganz unsere Meinung. Das Blatt wird zumeist in Innungsstellen geleitet und nicht den deutschen Sattlervereinigungen sehr nahe. Es darf daraus geschlossen werden, daß man in Konsequenz dieser Ansichten zunächst den Sattlergehilfen nicht mehr das Wort in den Weg legt, wenn sie sich um ihre Organisation und weiter um das ganze Wirtschaftsleben kümmern wollen. Tausende Male haben wir in unserem Organ die Verächtlichkeit der Forderung unserer Arbeiterklasse betont, da wurde immer von Vergebung und dergl. mehr geschrieben. Aus diesem Grunde freut es uns, wenn von dem Zentralblatt die „erhebliche“ Verächtlichkeit unserer Ansprüche anerkannt wird. Offenlich ziehen unsere Kollegen in Stadt und Land die nötigen Schlussfolgerungen aus diesem Zustandnis.

Korrespondenzen.

Königsberg i. Pr. (E. 13. 9.) Am 5. September tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im „Kesselfrau“ in der Genosse Marchand über: „Die Marokkopolitik“ referierte. Unter Punkt 2 erwähnt Kollege Dietrich mit fernen Worten die sämtlichen Mitglieder, sich mehr um die Organisation zu kümmern, zur pünktlichen Beitragszahlung und zum regelmäßigen Versammlungsbesuch. Unter Verschiedenes wurden einige Verbandsangelegenheiten erörtert. Besonders wurde die Rauberei des ersten Schriftführers gerügt, welcher auch den Bösen des Hausfassierers verließ. Weil er währenddessen die Versammlung verließ, wurde er laut Beschluß der Versammlung seiner beiden Bösen entbunden. Als erster Schriftführer wurde Kollege Strieg und als Hausfassierer Kollege Thal gewählt.

Ätzen. (E. 15. 9.) Eine Versammlung der Sattler fand am 9. September im Restaurant „Ludwigshalle“ statt. Gausleiter Busch sprach über: „Massenkämpfe der Gegenwart“. Nach dem Vortrag wurde die Gründung der Verwaltungsstelle vorgenommen. Als Vorsitzender wurde Kollege Müller, als Kassierer Kollege Specht und als Schriftführer Kollege Steizer gewählt. Kollege Busch erwähnte die Kollegen, auf ihrem Bösen auszuharren und die Verwaltungsstelle zu halten. Diese Gründung soll kein Augenblicksrausch sein, sondern Bestand für die Zukunft haben. Er zitierte die Worte von dem Altmeister der Demokratie Johann Jakob: „Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins wird für den zukünftigen Kultur-Geschichtsschreiber von größerem Werte sein, als der Schlachttag von Savona.“ Es wurde beschlossen, die Versammlungen alle 14 Tage abzuhalten. Der Beitrag soll alle acht Tage einfließen werden, damit kein Kollege in Rückstand kommt. Unter Verbandsangelegenheiten kommt zur Sprache, daß bei der hiesigen Zwangsinnung kein Gehilfenausschuß besteht. Wenn Gehilfensprüfung ist, fungiert ein Meistersohn als Altgehilfe. Dagegen soll Einspruch erhoben werden.

Beim Sattlermeister Lelze lassen die Arbeitsverhältnisse zu wünschen übrig. Die Arbeitszeit dauert von früh 5 Uhr bis abends um 9 Uhr und Sonntags von 6 Uhr früh bis nachmittags 4 Uhr. Diese Zustände bedürfen dringend der Abhilfe, da sich die Gesellen in derartigen Verhältnissen nicht als Mensch fühlen können.

Weiter wurde kritisiert, daß die Lehrlinge beim Ausschneiden zu viel bezahlet. Gewöhnlich dürfen die Meister nur 5,50 Mk. nehmen. Es kommt vor, daß die Meister sich 12,50 Mk. und mehr bezahlet lassen. In der Versammlung ließen sich 3 Kollegen aufnehmen. Die neue Filiale zählt 13 Mitglieder.

Berlin. (E. 16. 9.) In der am 7. September abgehaltenen Versammlung der Geschäftsbearbeiter hielt Kollege Vog, im Hinblick auf die nächstjährige Generalversammlung, ein instruktives Referat über die inneren Einrichtungen unserer Organisation und ihre eventuelle Ausgestaltung. Der Referent beschäftigte sich eingehend mit dem in un-

serer Zeitung vorgeschlagenen Delegiertensystem und kam nach reichlicher Ueberlegung, unter lebhaftem Beifall der Versammlung, zur Ablehnung dieses Systems; die Einführung desselben lässe sich nur sehr schwer mit demokratischen Grundgedanken vereinbaren und auch der Verlauf der Lohnbewegung in der Lederwarenbranche ergebe durchaus nicht die Notwendigkeit solcher weittragenden Maßnahmen. Die Ausführungen sämtlicher Diskussionsredner benutzten sich im Sinne des Referenten. Unter „Brandangelegenheiten“ mußte sich die Versammlung wieder einmal mit der langsam bekanntem Firma Reinhardt beschäftigen. Diese Firma sucht in vielen Zeitungen, auch in unserem Fachorgan, immer Sattler zu den „höchsten Löhnen“. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieses Betriebes rechtfertigen aber diese Verprechungen in keiner Weise. Schon der ewige Bedarf an Sattlergehilfen spreche dagegen, und in diesem nur darauf zu erklären, daß ein großer Teil der dort anfangenden Kollegen, infolge der horrenden Arbeitsverdienste, sich genötigt sehen, den Staub dieser Werkstatt schleunigst wieder von ihren Rücken zu schütteln. Wohl gelingt es einzelnen jahrelang dort beschäftigten Teilarbeitern, mal bis 36 Mk. zu verdienen; das überwiegende Gros der Affordarbeiter müsse sich aber mit Verdiensten weit unter 30 Mk. begnügen; ja, bis zu 18-20 Mk. gingen die erzielten Wochenverdienste herunter. Die im Frühjahr stattgefundene Lohnbewegung habe wohl eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gebracht, die Herr Reinhardt auf allen nur irgend möglichen Wegen zu umgehen suche. Dies beweise aber, wie erbärmlich die Verhältnisse früher waren. Eine Gegenüberstellung mit den anderen Betrieben der Erportwerkstätten ergibt, daß Reinhardt nicht die „höchsten“, sondern die „niedrigsten“ Preise zahle. Die Kollegen mögen es sich bei Arbeitsangeboten dieser Firma doppelt überlegen.

Eine Umfrage seitens des Gesellenausschusses betr. Innehaltung der mit der Innung getroffenen Vereinbarung hatte ergeben, daß die Arbeitgeber, soweit festgesetzt werden konnte, fast reiflos dieselbe zur Einführung gebracht haben. Nur bei einzelnen wenigen Meistern mußte der Gesellenausschuß nachsichtig werden, und dabei wurde festgesetzt, daß weniger der Widerstand der Arbeitgeber an der Nicht-einführung schuld ist, sondern vielmehr das feige und schlappe Verhalten der dort beschäftigten Kollegen. Eine Firma verdient noch besonders hervorgehoben zu werden infolge ihres außerordentlich rabulitischen Auftretens. Es ist dies die Firma A. Hellmuth, Rengauer Straße. Die drei Firmeninhaber, Vater und Söhne, lehnen den Herren-in-Haus-Standpunkt heraus, so daß eine sachliche Auseinandersetzung mit ihnen unmöglich war. Auch ipendeten sich die Herren gegenseitig über ihre Firma ein bis über den Scheitelpunkt abgehendes Eigenlob, namentlich in bezug auf ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen, trotzdem sie bei 50stündiger Arbeitszeit nicht einmal den vereinbarten Minimallohn zahlten. Nach längerer fruchtloser Diskussion sah sich der Gesellenausschuß, infolge eines deutlichen Winkes mit dem Zunftpfahl, in Form eines derben Peitschenstreichs, genötigt, die Herren allein zu lassen. Den Hinweis auf die Zugehörigkeit zur Innung beantworteten die Herren außerst despektierlich. — Nachdem noch die Kollegen aufgefordert wurden, etwaigen Verleumdungen der Arbeitgeber, sich um ihre eingegangenen Verpflichtungen herumzubücken, energisch entgegenzutreten und dies sofort der Brandentzündung über dem Kollegen Dahnert mitzuteilen, damit auf Abhilfe gedrungen wird, erfolgte der gut besuchten Versammlung.

Hamburg. (E. 17. 9.) In unserer Mitgliederversammlung am 7. September hielt der Gausleiter Kollege Guldner auf Veranlassung der Ortsverwaltung einen Vortrag über: „Unsere prinzipielle Stellung zum Vertretersystem“. Durch Kollegen Weinschilts Anregung sind wir veranlaßt, uns über das Vertretersystem zu unterhalten. Wir sehen heute fast in allen Korporationen ein gewisses Vertretersystem, in der Partei, zu Kongressen, im Parlament usw. Auch in unserem Verbands wird es nötig sein, dieser Frage näher zu treten. Es ist bei uns ähnlich wie in vielen anderen Verbänden. In a. V. eine Lohnbewegung im Gange, so können neue Mitglieder in Scharen in die Organisationen. Auch Kollegen, die sich sonst nie in Versammlungen sehen lassen, haben plötzlich ein lebhaftes Interesse. Diese Masse nun, die nicht die nötige gewerkschaftliche Schulung besitzt, ist absolut nicht in der Lage, über schwebende Fragen richtig zu urteilen. Zum Beispiel an einem Orte sind 400 Mitglieder, von diesen besuchen nur 100 die regelmäßigen Versammlungen, so muß man doch 3/4 die Befähigung absprechen, über die Lage zu urteilen; jedoch darf man auch die Beamten nicht allein entscheiden lassen, und diesem Hebelstände will das Repräsentativsystem abhelfen. In der lebhaft einsetzenden Diskussion meinte Kollege Kümmler: Dadurch, daß gegen einen fünfjährigen Tarifabschluß mit ungenügender Rücksichtnahme auf eventuell eintretende Teuerungen, wie

sie jetzt nach einhalbjähriger Dauer des Tarifs schon eingetreten, sich eine starke Opposition gebildet, ist noch keine Veranlassung gegeben, dieses System auch bei uns einzuführen. Kollege Meinte: Dieses System bedeutet einen Eingriff in die Rechte der Allgemeinheit; die Vertreter werden vom Vorstand abhängig sein. Mit diesem System verjagen wir unsere letzten Versammlungsbesucher; die Masse ist fähig, selbst zu entscheiden. Verweigern Sie die Zustimmung zu diesem System. Kollege Trerelius: Von Generalversammlung zu Generalversammlung tritt das Schreiben hervor, die Mitglieder ihrer Rechte zu entziehen. Kollege Schwarz: Eine Strafe für Besucher der Versammlungen würde dieses System bedeuten, Führer sind ohne Massen nichts. Weiben wir bei dem bisher üblichen. Kollege Guldner erwiderte noch in längerem Schlußwort, Mittelwerte war es 12 Uhr geworden. Die Versammlung mußte abgebrochen und mehrere Punkte zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden.

Aus anderen Organisationen.

Die Stettiner Tapezierer befinden sich seit einiger Zeit in einer Lohnbewegung, die jetzt zur Arbeitsniederlegung geführt hat. — Die Verhandlungen im Leipziger Lithographie- und Steindruckgewerbe mit dem Sattlerverband Deutscher Steindruckereibesitzer, die zur Verlegung der Differenzen in Leipzig am 15. September im „Papierhaus“ in Berlin geführt wurden, sind gescheitert wegen mangelnden Entgegenkommens der Unternehmer. Die Metallarbeiterausperrung in Sachsen geht ihrem Ende entgegen, nachdem eine Versammlung der Leipziger Gesmetallarbeiter am 16. d. M. beschlossen hat, am 19. d. M. die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Verband der Hut- und Hilzwarenarbeiter zählte am Schlusse des zweiten Quartals 9507 Mitglieder. — Der Deutsche Buchbinderverband konnte im Laufe des 3. Quartals seine Mitgliederzahl um 446, also auf 29 115, darunter 13 775 weibliche erhöhen. — Die Mitgliederzahl des Schneiderverbandes betrug am Schlusse des 2. Quartals 45891. — Der Steinarbeiterverband zählte am Schlusse des 2. Quartals 27 033 Mitglieder. Die Einnahmen beliefen sich auf 122 094 Mk., die Ausgaben auf 133 111 Mk., davon 71 767 Mk. für Streifenunterstützung, und die Vermögensänderung 631 240 Mk. Von den letzteren befinden sich 173 641 Mk. in den Kassen der Zweigvereine.

Sämtlichen organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen, 700 an der Zahl, sämtlicher Schuhabriken in Wermelskirchen wurde am 3. September die Arbeit aufgekündigt. — Nach Zwischiger Dauer ist der Lederarbeiterstreik in Elmshorn beendet worden. — Seit dem 11. September stehen 450 Transportarbeiter und Fuhrleute Düsseldorf im Ausstande, weil die Unternehmer auf die eingereichten Forderungen überhaupt nicht reagierten und dann bei Verhandlungen jedes Entgegenkommen strikte ablehnten. — Die Staatsarbeiter in Bremen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung bis zu 20 Proz., bessere Bezahlung der Heberunden und den achtstündigen Arbeitstag.

Soziales.

Gewerbliche Lohnregelung für Heimarbeit in Frankreich. Die gewerblichen Vorarbeiten zur Frage der Lohnregelung in schlecht bezahlten Industrien sind, wie die „Documents des Fortschritts“ in ihrem 6. Heft berichten, einen bedeutenden Schritt gefördert worden. Das französische Arbeitsministerium hat am 10. Januar 1911 der Kernanzenkommission des Arbeitsrats den Vorentwurf eines Gesetzes unterbreitet, das die gewerbliche Regelung der Heimarbeit zum Zweck hat. Der Entwurf stellt zunächst für die Seidenfäbrerei, die Stoffweberei, die Wäscherezeugung, Stickerie, Futterzeugung, Schuhfabrikation und Erzeugung von künstlichen Blumen, also für Gewerbe, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind, und in denen gleichzeitig Heimarbeit verbreitet, die Errichtung von Lohnkommissionen, die Minimallöhne festzusetzen haben, vor. Diese Lohnkommissionen können auch auf die übrigen freien Industrien ausgedehnt werden, sofern in einem Bezirke die Mehrheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, resp. beider Gruppen in der Minderzahl, zu den bestehenden Arbeitseberäten sich dafür ausspricht. Die Minimallöhne, die für die Industrie zu gelten haben, werden in Penarfikungen der Kommissionen festgelegt und gegen sie findet keinerlei Appell statt, es sei denn im Falle von Verstößen gegen die vom Gesetze festgelegte Geschäftsordnung der Kommissionen. Die so festgelegten Minimallöhne werden der Bevölkerung durch Aufschlag an den Gemeindegewerken kundgegeben; ebenso werden die Geschäftsinhaber verpflichtet, die betreffenden

festgelegten Minimallohne an einem sichtbaren Punkte ihres Geschäftsgebäudes anzuschlagen und speziell in jenen Betrieben, in denen Heimarbeit vorherrscht: in dem Mann, in dem die Robstoffe den Arbeitern übergeben und die fertigen Waren entgegengenommen werden. Die Bezahlung der Minimallohne ist obligatorisch; kein Geschäftsinhaber ist berechtigt, selbst mit Einverständnis der Arbeiter, niedrigere Löhne zu bezahlen.

Rundschau.

Von der roten Wöche. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte die gesamte Kulturwelt die Verhandlungen des in der Vorwoche stattgefundenen sozialdemokratischen Parteitagcs in Jena, um seine Stellungnahme zur Weltpolitik und zur Marokkoaffäre zu erfahren. Glaubte doch die winzige Partei der alldeutschen Kriegsheber und Nordspatrioten, das sozialdemokratische Parlament werde ihnen durch irgendwelche Ungehorsamkeit die so sehnlichst erwünschte Wahlparole verschaffen. Daß es nicht so weit gekommen ist, legt rühmliches Zeugnis von dem Verantwortungsgesühl der Parteitagsmajorität ab. Die Zeiten sind auf immer vorbei, wo man an Wunderwirkungen kobaltfarbiger Phrasen glaubte. Nicht nur in der Gewerkschaft, sondern auch in der Politik werden durch praktische Arbeit Erfolge erzielt. Wir freuen uns ferner für die gesamte Arbeiterbewegung, daß die Unterschiede zwischen Revisionismus und Radikalismus angeht die zu erfüllenden Aufgaben in den Hintergrund gedrängt worden sind, wenn nicht alle Angelegenheiten, sogar in Fälle gänzlich verschwinden werden. Es wird immer mehr Raum für ein Zusammenarbeiten der beiden mächtigsten Arme freibeitlicher Arbeiterbewegung geschaffen. In diesem günstigen Zustande wird auch das Auftreten Ledebours und Rosa Luxemburgs nichts ändern. Ihre durch nichts gerechtfertigten Angriffe auf den Parteivorstand wurden von der Parteitagsmehrheit und werden von Millionen Klassenbewußter Arbeiter im Lande als eine unangenehme Begleiterscheinung und persönliche Widrigkeit empfunden. Es sieht uns nicht an und würde ja auch nichts helfen, dem Vertreter des schiefen Berliner Reichstagswahlkreises und der Lehrerin an der Parteischule Maßschläge zu erteilen, wie sie sich in der augenblicklich herrschenden, politisch verwickelten Situation zu verhalten haben. Wenn ihre Selbstachtung und die Achtung, die sie dem proletarischen Parlament entgegenzubringen haben, ihnen nicht sagt, wie sie sich zu betragen haben, so müssen sie sich schon mit der ihnen von Bebel mit gutem Recht zuteil gewordenen Charakterisierung zufrieden geben und abzufinden suchen. Wir sind genügt die letzten, die Meinungsverschiedenheiten im Konventionstil höherer Töchter oder aller Reichsweibern ausgetragen wissen möchten. Wir haben ein kräftiges Wort und scheuen uns gewiß nicht, die Redefreiheit in Anspruch zu nehmen; wir sind der Meinung, auf einen Schelm gehören anderthalb. Aber sich einen Popanz zurecht machen und dann blindwütig drauflos hauen, ist eine Art, wie sie von Arbeiterführern nicht gepflogen werden sollte, und die sich die Massen, die sich praktisch betätigen und praktische Erfolge sehen wollen, ganz energisch verbitten. Nun hat nicht nur das Marokkolußblatt einige Protestler auf den Plan gerufen, auch das innige Zusammenarbeiten der General-Kommission mit dem Parteivorstand bei Erledigung von Arbeiterfragen scheint einigen Kritikern gar nicht zu gefallen. Sie befürchten, das ausführende Organ der deutschen Partei wird in Zukunft noch weniger Geschick an drohender Phrasologie empfinden und in Gemeinschaft mit den gewerkschaftlichen Instanzen Gegenwartspositiv treiben. Auch der Streik im Buchdruckgewerbe, das Geheimzirkular des Parteivorstandes an die Parteiredaktionen über den „guten Ton“ wurde als Beweismaterial für die „Unfähigkeit“ des Parteivorstandes herbeigeherrt, um ihn in Jena auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen. Dem geschickten Eingreifen des mehr als 70jährigen Jünglings Bebel gelang es, den Unwert solcher Debatten und ihre Urheber mit satirischem Humor treffend zu kennzeichnen und ins richtige Fahrwasser zu lenken, mit dem Erfolge, daß alle Anträge, die quasi ein Nichtrausensotum gegen den Parteivorstand ausbrüden sollten, zurückgezogen wurden. Das eine Gute hatten die Debatten über den Geschäftsbericht aber doch noch; sie haben manchem Reichswänger-Delegierten eine Erleuchtung gebracht, so daß der Streik um das Westmeiersche Mandat, bei dem vier Juristen ihre Klängen kreuzten, die württembergischen Differenzen nicht heraufbeschwören konnte. Das angefochtene Mandat wurde für ungültig erklärt, die mehr persönlichen als sachlichen Meinungsverschiedenheiten im „Schwabenländchen“ dem Parteivorstand zur Erledigung überwiesen. In seiner parlamentarischen Berichtserstattung besuchte der Abgeordnete Gese die Arbeiter der Fraktion und wies dann auf die ausstehenden Gesehe hin, die der noch kurzlebige Reichs-

tag unter Dach und Fach bringen will. Vor allem die Justizgesetze, die Gewerbegesetznovelle, das Gesetz über die Heimarbeit, wobei dieser volksfeindliche Reichstag noch einmal dem arbeitenden Volke unendlichen Schaden zufügen, noch einmal seine Triumphe feiern kann. Die sozialdemokratische Fraktion wird, so verordnete der Redner, bis zum letzten Augenblick auf dem Reiten sein, um alle geeigneten Mittel gegen die Fortsetzung der Entrechtung des Volkes zu ergreifen. Und wenn dann Ende November die Parole heißen wird: Der Reichstag ist tot, so werden wir rufen: Es lebe der Wahlkampf! Es lebe der Kampf gegen Volksentrechtung, gegen Ausbeutung, gegen Kriegsbeute und Kriegsschrecken, gegen Hunger! Es lebe der Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus! Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, welche der Reichstagsfraktion auftritt, beim Zusammentritt des Reichstages den Reichstagsler sofort über die Teuerung zu interpellieren.

Zur Bekämpfung der verhängnisvollen Teuerung aller Lebensmittel fordert der Parteitag von der Reichsregierung die sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Festsetzung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorichtsmaßnahmen für den Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches, die Aufhebung des Systems der Einfuhrsteine. Von den Landesregierungen fordert er Ermäßigung der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungs- und Futtermitteln aller Art und von den Gemeinden Veranstaltungen zur Förderung der Produktion und des Verkehrs der Lebensmittel in solchem Umfang, daß eine Beeinträchtigung der Kreisbildung durch die Gemeinden gesichert ist. Neben der Verpflichtung, sich eifrig an der Agitations- und Organisationsarbeit zu beteiligen, empfiehlt der Parteitag jedem Arbeiter die politische Presse und ermahnt ihn zum politischen, gewerkschaftlichen und konjunktionsgesellschaftlichen Zusammenschluß. — Das großartig angelegte Meerat hier einzugeben, da ja die Tagespresse ziemlich ausführlich darüber berichtet hat. Bezüglich gefreut haben wir uns, wie Bebel die Frage des Massenstreiks im Falle eines Krieges behandelt hat. Hoffentlich wird die Wirkung nicht ausbleiben. Wir wünschen nur, alle Arbeiter mögen die Meeresrede nachlesen und ihre Lehren daraus ziehen. Die zu diesem Punkte angenommene Resolution läßt niemanden darüber in Zweifel, daß die deutsche Sozialdemokratie es der Staatsregierung nicht verargelt, wenn sie in Marokko ihre Interessen wahrzunehmen beabsichtigt ist, aber deswegen einen Krieg zu entfachen, dafür wird die Sozialdemokratie nicht zu haben sein. Klar und ungewandelt wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Kriegsgeschrei nur von Kolonialpiraten und Chauvinisten zu Wasser und zu Lande erhoben wird, deren Handwerk der Krieg ist, die nach Avancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unheil gestürzt werden. — Ueber die Meeresrede herrschte völlige Einheit, man beschloß, sie auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses zu bringen. Dagegen verursachten die Anträge bezüglich Abführung des Tagesverdienstes an den Unterstützungsfonds eine längere Diskussion mit dem Resultat, es bleibt wie bisher und wer den fälligen Betrag nicht abführt, wird aus der Partei ausgeschlossen.

War schon die Bebel'sche Rede über die Marokkoangelegenheit eine Glanzleistung rhetorischer Kunst, so war die über die nächsten Reichstagswahlen doch der Glanzpunkt des Parteitages. Die Richtlinien der sozialdemokratischen Partei werden, dessen sind wir sicher, ein brausendes Echo bei den Massen finden, auch bei denen, die unseren Zeitungen jetzt noch fernstehen. Denn das Sündenregister, das Bebel hier den volksverräterischen Parteien vorgehalten hat, kann auch die gemerische Presse trotz aller Vertuschungsversuche nicht ablegen. Geradezu fürchterlich war die Abrechnung mit dem Zentrum, dem er sein Verhalten bei den sozialpolitischen und Steuerfragen vorhielt. — Die Lebensmittelteuerung wird eine dauernde sein. Die Preise werden zwar bei übergroßen Ernten zeitweise etwas heruntergehen, aber der Preis aller Lebensmittel wird auch in Zukunft ein so hoher sein, daß die kleinen Beamten, die die Kleinbürger, daß vor allem die Arbeiter dauernd unter der Teuerung zu leiden haben und daß die Arbeiter vor allem gezwungen sein werden, durch Lohnerhöhungen eingermahnen das Loch auszugleichen, das die Teuerung in ihr

Portafel gerissen hat. Das mögen sich besonders die Mutternermer merken. Dieser Zustand zwingt die Arbeiter zu neuen Kämpfen, zu neuen Kämpfen; die Arbeiter können nicht auskommen, es ist ein Verbrechen, wenn ein Arbeiter, der das erkannt hat, nicht sofort seinen Eintritt in die Gewerkschaft anmeldet. Denn das ist die einzige Möglichkeit, die Teuerung auszugleichen, wie andererseits der Konsumverein unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine notwendige Einrichtung ist. Die Arbeiter müssen den Konsumvereinen in Massen zufließen, nicht nur, weil sie etwas billiger kaufen, sondern vor allem, weil sie unverfälschte Lebensmittel bekommen. Es steht zu hoffen, daß diese gutgemeinten Maßschläge auch allenthalben befolgt werden. Wie Bebel mit gesteigerter Stimme seine von Leidenschaft für die große Sache des Volkes getragene Rede mit dem Appell schloß: „Auf zum Kampf, vorwärts marsch, durch!“ wollte der Beifall kein Ende nehmen. Einstimmig fand eine Resolution Annahme, die besonders die Stichwahlen regelt und befragt:

- „Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben, dürfen sie nur demjenigen Kandidaten ihre Stimmen zuwenden, der sich verpflichtet:
1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
 2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts;
 3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
 4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahme-gesetz;
 5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;
 6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse

einzutreten und zu stimmen.

Der betreffende Kandidat ist zu eruchen, seine Erklärung vor Zeugen oder schriftlich abzugeben. Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen.

In jedem anderen Falle ist strikte Stimmhaltung zu proklamieren.“

Ergänzt wurde der Beschluß, wonach die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, den Schnaps-genuß zu unterlassen. Bemerkenswert ist noch der Ausgang der Vorstandswahlen mit dem Ergebnis, daß in den Parteivorstand neben dem Genossen Bebel der Rechtsanwalt Genosse Haase zum Vorsitzenden gewählt wurde. Der Kassiererposten blieb in Händen des Genossen Gerisch. Zu Sekretären wurden die Genossen Ebert, Wolfenbühler, Müller, Faunlich wieder, die Genossen Braun-Königsberg und Schiedemann-Koppel neugewählt. Als Beisitzerin fungiert Luise Zick.

Wir beglückwünschen die sozialdemokratische Partei zu dem Verlauf der Jenaer Tagung. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt, insbesondere Deutschlands, hat wiederum neue Anregungen erhalten. Die gefassten Beschlüsse haben die Einheit der Partei nach innen und außen dokumentiert und alle Hoffnungen der Gegner zertrübt. Die arbeitende Klasse wird dem Parteitag seinen Dank nicht mit leeren Worten ablassen, sondern durch Zusammenfluß in den Partei-, Gewerkschafts- und Konsumorganisations energisch deren ideale und praktische Bestrebungen in die Tat umsetzen.

Jahresverbände bestehen in Preußen im Jahre 1911 im ganzen 41. Sie umfassen 245 684 Verbandsmitglieder. Die Verbandsmitglieder verteilen sich auf 4962 Innungen mit 241 119 Mitgliedern. Eine kleine Zahl, nämlich 4566, sind Einzelmitglieder. Der größte Innungsverband, der Zentralverband deutscher Bäckerinnungen, „Germania“, umfaßt 63 247 Verbandsmitglieder. Ueber 10 000 Mitglieder haben außerdem der Deutsche Fleischerverband in Frankfurt a. M. mit 42 853 Mitgliedern, der Bund deutscher Schneiderinnungen in Magdeburg mit 24 668 Mitgliedern, der Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnungen mit 22 518 Mitgliedern, der Bund deutscher Schneiderinnungen mit 12 467 und der Bund deutscher Schuhmacherinnungen mit 11 254 Mitgliedern. Daneben gibt es „Verbände“, die nur 178 Verbandsmitglieder überhaupt zählen, wie der Bund deutscher Steinzeuherinnungen mit seinen vier Innungen. Die meisten Innungen, nämlich 1307, hat der Zentralverband deutscher Bäckerinnungen „Germania“, dann der Deutsche Fleischerverband in Frankfurt a. M. mit 1203 und der Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnungen mit 339 Innungen.

